

## Dem Terror nachhaltig den Nährboden entziehen

### Erklärung der Kommission Weltreligionen der Österreichischen Bischofskonferenz

*Worum es nun im entscheidenden zweiten Schritt geht: Zusammenhalt stärken, Spaltung nicht zulassen, Dialog fördern, Sprache deeskalieren, Wachsamkeit kultivieren*



*Rombesuch der Kommission Weltreligionen 2018: Bischof Werner Freistetter, Vorsitzender der Kommission organisierte Begegnungen mit Bischöfen und Vertretern von Institutionen, die sich an der Kurie mit Themen des interreligiösen Dialogs beschäftigen.*

Nach dem schrecklichen Terroranschlag in Wien fragen viele Menschen nach den Möglichkeiten, so eine Tat zu verhindern, wenige nach möglichen komplexeren Hintergründen und Ursachen. Es gelingt dem Terror immer wieder, die ganze Gesellschaft in Angst und Schrecken zu versetzen; und genau das ist die Intention seiner Akteure.

**Terroristen, religiöse Fanatiker, Rechtsradikale etc. wollen eine Spaltung der Gesellschaft in Gute und Böse, Freunde und Feinde, in Gläubige und Ungläubige, Mensch und Nicht-Mensch.** Durch diese Spaltung und Entmenschlichung des Gegenübers ist es nach ihrem Urteil dann auch erlaubt, den anderen, den Feind, zu töten. Gleichzeitig sind Spaltung, Gegeneinander, Hass, Abwertung, und Entwürdigung der Nährboden, auf dem Terrorismus weiter und immer neu wachsen kann.

**Die Kommission Weltreligionen der Österreichischen Bischofskonferenz stellt dieser destruktiven Logik das Prinzip des Dialogs mit allen Menschen guten Willens gegenüber. Sie för-**

**dert entschlossen den Zusammenhalt der Religionen und unterstützt alle Kräfte und Institutionen, die sich weltweit und lokal für einen konstruktiven interreligiösen gesellschaftlichen Dialog einsetzen.** Gleichzeitig warnt sie alle Menschen davor, sich nicht in die Falle der Spaltung und pauschalisierenden Feindbilder drängen zu lassen. Wertschätzung aller Menschen, ihrer Religion und ihres Glaubens, der Werthaltungen im Einklang mit den Menschenrechten, der Freiheit und Selbstbestimmung sind zentral und unveräußerlich. Die Religions- und Gewissensfreiheit ist in allen demokratischen Staaten ein unermesslich hohes Gut, das nicht zur Disposition gestellt werden darf.

Der wertschätzende Dialog zwischen Menschen unterschiedlicher Religionen und Weltanschauungen stärkt das Miteinander, das Gemeinwohl und die Solidarität in der Gesellschaft. Menschlichkeit ist möglich und Mitmenschlichkeit unerlässlich für das Gemeinwohl.

Insofern sich Religionen für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen, haben sie durchaus eine legitime und sogar wichtige politische Dimension. **Schlagworte wie „Kampf gegen den politischen Islam“ klingen deswegen missverständlich, laufen Gefahr, diese Dimension auszublenden und lassen sich dazu benutzen, Konflikte eher anzuheizen als zu lösen.** Notwendig ist hier die genauere Differenzierung zwischen berechtigten politischen Anliegen von Religionsgemeinschaften und missbräuchlichen politischen Instrumentalisierungen von Religion. Und noch grundlegender: **Die genaue und konsequente sprachliche Unterscheidung zwischen einerseits „Islam“ bzw. „Muslimen“ und andererseits „Islamismus“ bzw. „Islamisten“ ist ein zentraler Beitrag zur Deeskalation,** der sowohl innenpolitisch als auch angesichts besorgniserregender internationaler Entwicklungen (etwa im Nahen Osten) heute wichtiger ist denn je.

Religionen stehen nicht über dem säkularen Rechtsstaat, und dieser säkulare Rechtsstaat steht auch nicht über den Religionen. Österreich verwirklicht die gelungene Kooperation zwischen bei-

den Seiten in einer international beeindruckenden und beispielhaften Weise. **Das freie Zusammenleben in Sicherheit schließt Wachsamkeit gegenüber jeder Form des Missbrauchs von Religion durch Gewalt oder gewaltfördernde Ideologien und Theologien ein, aber auch gegenüber jeder Form der Unmenschlichkeit, Ausgrenzung und Abwertung von Menschen oder Menschengruppen. Es erfordert den wirklichen und aktiven Einsatz aller Kräfte der Gesellschaft und des Staates – und besonders aller Religionsgemeinschaften selbst, im Interesse der Menschen, der Sache und der eigenen Glaubwürdigkeit.**

**Es geht jetzt vor allem darum, wieder das Vertrauen zu stärken, aufeinander zuzugehen und zum Dialog als ständige Aufgabe zu ermutigen.**

Um den jüngst durchlittenen Formen der Gewalt für die Zukunft strukturell nachhaltig den Nährboden zu entziehen, sind langfristig vor allem die zwei folgenden Handlungsfelder vorrangig:

(1) die gerechte Verteilung der Lebenschancen und -ressourcen, damit Menschen nicht an den Rand gedrängt, zu Bildungsverlierern gemacht werden, die anfällig für Radikalisierung sind, sowie

(2) das Bildungssystem, in dem dialogische Kompetenzen und die wertorientierte pädagogische Auseinandersetzung mit dem Ziel des gelungenen Zusammenlebens in pluraler Gesellschaft gegenüber rein funktionellen Fertigkeiten eine Aufwertung erfahren müssen. Gerade im Blick auf den Islam sollten nicht populistische Schlagzeilen, sondern religionswissenschaftlich fundierte Kenntnisse das gesellschaftliche Klima wie auch die politischen Entscheidungen prägen.

**Neben der Aufarbeitung und genauen Analyse des Geschehenen und den notwendigen sicherheitspolitischen Konsequenzen** gehören aus Sicht der Kommission Weltreligionen die folgenden konkreten Aspekte zu den wichtigsten anstehenden Agenden:

**- ein Ausbau der Zusammenarbeit und Unterstützung von allen Initiativen, die sich konstruktiv für interreligiöses Zusammenleben und Dialog einsetzen.** Dies gilt für zahlreiche Initia-

tiven **an der Basis** in Gemeinden und Städten, zivilgesellschaftlichen Plattformen, Vereinen und Pfarren, Moscheegemeinden und Einrichtungen anderer Religionsgemeinschaften sowie in Bildungseinrichtungen. Dazu zählen aber auch **diplomatische Aktivitäten**, z.B. der „Task Force *Dialog der Kulturen*“. Interkultureller und interreligiöser Dialog“ im Außenministerium sowie das **KAICIID** in Wien, das als internationale Organisation genau in diesem Sektor weltweit sehr wertvolle Arbeit leistet und daher eine entsprechende politische Bewertung und Unterstützung verdient;

- eine ausreichende Förderung von zivilgesellschaftlichen Institutionen, die sich in den Bereichen **Integration, Prävention und Deradikalisierungsprogrammen** engagieren;

- **eine stärkere Berücksichtigung interkultureller und interreligiöser Bildung** an Schulen und in der Lehrer/innen-Bildung. Die Tendenz, Religion in diesem Bereich immer mehr auszublenden und dem privaten Bereich zu überlassen, erweist sich als kontraproduktiv: Es ist gerade das Fehlen seriöser, religiöser, interreligiöser und weltanschaulicher Bildung, das für Extremismus empfänglich macht. **Entscheidend ist dabei die konstruktive Zusammenarbeit mit den jeweiligen Religionsgemeinschaften, die damit nicht in eigenen, privaten Subkulturen, sondern im Licht des öffentlichen Raums in Pflicht genommen werden.** Neben dem bestehenden konfessionellen Religionsunterricht und den neuen, ergänzenden Formen des Ethik-Unterrichts wäre ein weiterer konkreter Schritt das explizite Einbeziehen dieses Themenbereichs in die Curricula der Spezialkurse für Schüler/innen mit Migrationshintergrund (dzt. nur „Deutsch als Zweitsprache“).

Die Kommission Weltreligionen ist eine Einrichtung der Österreichischen Bischofskonferenz. Ihr Aufgabenbereich erstreckt sich auf die Beziehungen der katholischen Kirche zu den nichtchristlichen Religionen. Den Vorsitz führt Bischof Dr. Werner Freistetter. Zu den 20 Mitgliedern zählen Expertinnen und Experten für den interreligiösen Dialog aus allen österreichischen Diözesen sowie aus themenrelevanten Handlungsfeldern.

Auch das St. Georgs-Kolleg wurde um eine Vertretung gebeten. Wir haben Mag. Gerda Willam für den Expertenrat nominiert.